Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1874

6.12.1874 (No. 285)

Visual Library

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 18 in Karlsruhe.

Nr. 285. Erscheint täglich (Montag ausgen.). Preis 1 fl. 24 kr., durch die Post bezogen 1 fl. 58 kr. vierteljährlich. Sonntag 6. Dezember Insertionsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 Kreuzer. 1874.

PC. Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. Dez. Dreizehn Nummern der Tagesordnung hatte sich der Reichstag heute zu erledigen vorgesetzt, aber es konnten in einer fast sechsstündigen Sitzung nur die vier ersten Punkte erledigt werden. Den größten Theil der Zeit verwandte das Haus darauf, die Verhältnisse zweier Privatpersonen und eines Einzelstaates zu erörtern. Es handelte sich nämlich zunächst um die Petitionen zweier Militärpersonen, die während ihrer Dienstzeit körperliche Verletzungen erlitten haben, ohne daß die Behörde ihnen an der reich besetzten Tafel des Invalidenfonds ein Plätzchen gönnen will. Der frühere Handlungsgehilfe Gentzky ist bei einem Dienstgange auf der beeisten Straße in Stettin ausgeglitten und hat sich das linke Knie unheilbar verletzt; die Militärbehörde glaubte, die Entschädigung ablehnen zu können, da nicht allein ein Soldat, sondern auch jeder andere Mensch auf einer glatten Straße sich zum Schaden fallen könne. Die Majorität der Commission und das Haus waren jedoch der Ansicht, daß die Verletzung nicht eine solche zu sein brauche, die ausschließlich durch den Dienst erfolgen könne, sondern daß es zur Versorgungsberechtigung genüge, wenn sie im Dienste erfolgt sei, und überwies also die Petition ohne Debatte der Regierung zur Berücksichtigung. Die Petition des ehemaligen Musketiers, jetzigen Arbeitsmannes Fischer zu Cöslin, welcher während des Feldzuges gegen Frankreich sein linkes Auge dadurch verloren, daß er von einem betrunken auf der Straße liegenden Kameraden, welchen er zum Aufstehen veranlassen wollte, unversehens einen Schlag mit einem Weinbergspfahle erhielt, gab Anlaß zu einer längern Debatte. Die Regierung will dem Fischer keine Pensionsberechtigung zugestehen, weil er die Beschädigungen nicht im activen Dienste erlitten habe; zudem habe der Fischer den betrunkenen Kameraden geschlagen und somit selbst den Exceß desselben veranlaßt. Die Mehrheit der Commission schloß sich dieser Auffassung an und beantragte Uebergang zur Tagesordnung. Die Minderheit dagegen, für welche die Abgg. Hofmann und Banks von der Fortschrittspartei und Abg. Windthorst das Wort führten, hielt die Forderung des Fischer für gerechtfertigt, und Abg. Hofmann beantragte Ueberweisung zur Berücksichtigung. Abg. Windthorst hob hervor, daß durch das Bestehen einer Instruction, wornach der Soldat dem betrunkenen Kameraden helfen müsse, die Rechtsfrage entschieden sei, und Abg. Banks bestritt, daß die Mißhandlung des Betrunkenen erwiesen oder auch nur wahrscheinlich sei, indem er zugleich die principiell wichtige Frage, ob ein „unangemessenes" Verhalten im Dienst ohne Weiteres die Versorgungsberechtigung ausschlösse, verneinte. Der Reichstag nahm an dem Schicksale des Fischer so großes Interesse, daß der officielle Schlußmacher, Abg. Valentin, seines Amtes walten mußte. Die Abstimmung blieb zweifelhaft, und so ergab erst der „Hammelsprung", daß mit 137 gegen 120 Stimmen die Petition verworfen wurde. — Erledigung einer Petition über die Frage der Maischraumbesteuerung durch Uebergang zur Tagesordnung und nach einer unwichtigen Interpellation ging das Haus zur Debatte über den mecklenburgischen Antrag über. Dieser bereits zum dritten Male vorliegende Antrag bezweckt bekanntlich, in die Reichsverfassung einen Artikel einzufügen, der jeden Bundesstaat zu einer constitutionellen Verfassung verpflichtet. Abg. Poppe (Schwerin) gab ein, natürlich in „liberaler" Tendenz entworfenes Bild der mecklenburgischen Zustände, worauf der Bundesbevollmächtigte für Mecklenburg, v. Bülow, mit Berufung auf die jüngsten Versuche zu einer Modification der mecklenburgischen Verfassung um Ablehnung des Antrags ersuchte. Ihm secundirte mit einer geistreichen und gewandten Rede der Abg. Windthorst, welcher die verzerrten Schilderungen der mecklenburgischen Zustände richtig stellte, die Unklarheit und Unbestimmtheit des beantragten Gesetzartikels kritisirte und vom Standpunkte des Reichsrechts vor der Annahme desselben warnte. Besonders bemerkenswerth war die Ausführung des Abg. Windthorst über die den socialdemokratischen Bestrebungen verwandten Tendenzen, welche dem Adel den rechtlichen Besitz der Klostergüter mißgönnen. Nachdem Abg. Dr. Braun mit einigen Witzen, die an einer Stelle über die Grenzen der Decenz hinauszugehen drohten, aufgewartet hatte, sprach der conservative Abg. Flügge in sachkundiger und lebhafter Weise gegen den Antrag, indem er aus persönlicher Erfahrung heraus die Schilderungen des mecklenburgischen Vorredners kritisirte und den Herren zu bedenken gab, daß sie selbst die von der mecklenburgischen Regierung beantragte Modification durch ihr ablehnendes Votum zu Falle gebracht hätten. Nachdem Abg. Wiggers erklärt, daß sie lieber die alte Verfassung, als die Modification wollten, suchte er unter Unruhe des ungeduldigen Hauses den Antrag nochmals zu rechtfertigen. Derselbe wurde denn auch wie in den früheren Fällen von der „liberalen" Majorität acceptirt; gegen ihn stimmten die Conservativen, das Centrum und einige Freiconservative. — Morgen wird die Etatsberathung fortgesetzt.

Berlin. Die Commission zur Vorberathung
a) des Landhaushaltsetats für Elsaß-Lothringen,
b) des Anleihegesetzes für Elsaß Lothringen
besteht aus folgenden 21 Mitgliedern: aus dem Centrum: Lender (Schriftführer der Commission), v. Forcade de Biaix, Westermayer, Grutering; aus der nationalliberalen Partei: Miquél (Vorsitzender), Blume (Schriftführer), Schröder (Königsberg), Tritscheller, v. Schulte, Stenglein, v. Puttkamer (Fraustadt), Buhl; und der Fortschrittspartei: Löwe (stellv. Vorsitzender), Duncker aus den conservativen Parteien: Richter-Meißen (Schriftführer), Fürst Lichnowsky, v. Arnim-Heinrichsdorf. Außerdem sind vier elsaß-lothringische Abgeordnete für die Commission gewählt, und zwar die Abgg. Guerber, Simonis, Winterer und Baron v. Schaumburg. Das Centrum hat zwei Elsässern, die Fortschritts- und die nationalliberale Partei je einen Platz eingeräumt.

Beck und v. Freydorf.

?? **Heidelberg,** 2. Dec. Bekannt ist, daß das erzbisch. Kapitelsvicariat zu Freiburg i/B. beim badischen Justizministerium über den Oberamtsrichter Beck Beschwerde erhob: der abweisende Bescheid d. d. 9. November ist noch in frischer Erinnerung; sein Schluß lautet:

„Nachdem seitens der großh. Regierung bisher (?) selbst gegen solche Beamten dienstlich nicht eingeschritten wurde, welche den fraglichen Constitutionen und Lehrsätzen, ... anhängen und Geltung zu verschaffen suchen, kann sie um so weniger gegen einen Richter vorgehen, welcher dieselben in seiner Eigenschaft als Katholik auf rein kirchlichem Gebiete bekämpft. Ein solches Vorgehen würde eine Einmischung in innere kirchliche Angelegenheiten enthalten, von welchem sich die großh. Regierung bisher (?) grundsätzlich fern hielt. Auch hiervon abgesehen, würden Angesichts . . . . . des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Richter allgemein gehaltene Beschuldigungen . . . . . ohne specielle Angabe unter das Gesetz fallender Thatsachen keinen genügenden Anhalt zu einem disciplinaren Einschreiten bieten."

In der neuesten Nummer der „Kln.V.Ztg." finden wir die für den Leser dieses Passus in sehr befremdlichem Zusammenhang erscheinende Meldung, daß Herr B. vor einigen Tagen von Seite seines Gerichtspräsidenten in Mannheim „dringende Vorstellungen habe entgegennehmen müssen und seit jener Zeit in seiner agitatorischen Thätigkeit ein auffallender Stillstand eingetreten sei." Auf Grund dieser Mittheilung schuf sich unsere Phantasie folgendes Bild: „Seit langer Zeit ist es ein frommer Wunsch B.'s, Mitglied eines Gerichtshofes zu werden; in diesem Sinn wandte er sich s. Z. an die Reichsverwaltung mit der Bitte um Berücksichtigung bei Besetzung der Richterstellen im Elsaß — sein Mühen war vergebens. Gleicher Erfolg krönte seine Anstrengungen, die er bisher zu obigem Zweck in unserem Lande machte. Vor Kurzem empfing B. die Aufforderung, vor dem Präsidenten des Kreis- und Hofgerichtes Mannheim, seiner nächstvorgesetzten Dienstbehörde zu erscheinen. Da gerade von Versetzung eines Rathes an jenem Collegio gemunkelt ward, so fühlte sich B. sehr angenehm berührt und machte seinen Bekannten in dieser Richtung davon Mittheilung. „Gut Ding braucht lange Weil; — 's wird jetzt endlich e Mal was sein" mag der Heidelberger Salomo gedacht haben, nachdem er den Brief des Präsidenten gelesen hatte. Also Kreisgerichtsrath wird Herr Beck! In der seligsten Stimmung reist er ab. Endlich hält der Zug. Beflügelten Schritt's eilt er zum Kaufhaus; beklemmt schreitet er durch die dumpfen Gänge — klopft an. „Herrein!" Doch welche Enttäuschung! Statt der heiß ersehnten Beförderung eröffnet der Vorstand ernst und gemessen im trockensten Amtsstyl dem Verblüfften: „er solle sich für die Zukunft in Altkatholicis ruhig verhalten". Hierüber quittiren, links um kehrt machen und zur Bahn stolpern war Ein's: „Wirr kehrt er heim in's Vaterhaus." Bis hierher ergötzte uns das Bild; doch es erweckte in uns auch ernste Gedanken.

Gesetzt, die Phantasie gründe auf dem Boden der Thatsachen, so stehen wir hier vor einem sehr auffallenden Widerspruch. Officiell im Erlaß vom 9. Nov. antwortet der Minister auf die Beschwerde des Bischofs: „Wir finden keine Schuld an B.; wir können gegen ihn als Richter um so weniger vorgehen; von allen Einmischungen in rein innere kirchliche Angelegenheiten hielten wir uns bisher (?!) grundsätzlich fern; genügender Anlaß zu disciplinärem Einschreiten liegt nicht vor" — und ungefähr 8 Tage nachher gibt die vorgesetzte Disciplinarbehörde dem Oberamtsrichter (jedenfalls nicht ohne höhere Anweisung!) vertrauliche Winke, empfiehlt ihm ein ruhiges Verhalten in altkath. Dingen, für welche er lediglich „in seiner Eigenschaft als Katholik auf rein kirchlichem Gebiete" kämpft, agitirt, wühlt; greift also dennoch in seine Privatthätigkeit disciplinär ein. Was soll das heißen? Soll durch solche Vorgänge die Autorität der Staatsregierung gewinnen? — Wir haben die wühlerische Thätigkeit B.'s längst getadelt; sie erschien uns als mit der Stellung eines Richters unvereinbar, als politisch unanständig. Wäre dem agitirenden Staatsbeamten früher schon zurückhaltende Weisung zugegangen, so hätten wir zuerst das als der Ordnung der Dinge entsprechend gefunden. Aber das jetzt eingehaltene Verfahren mißbilligen wir. Nach Einlauf der Beschwerde des Bischofs mußte der Minister gewissenhaft prüfen: „Handelte B. incorrekt"? „Schuldig oder Nichtschuldig"? tertium non datur. Ersterenfalls war es unumgängliche Pflicht, das öffentlich gegebene Aergerniß auch öffentlich zu rügen und Abhülfe zuzusagen. Im letzteren Falle mußte man B. ruhig weiter machen lassen; eine Disciplinarbehandlung wurde überflüssig; wäre gegen jeden Beamten unpassend gewesen; war gegen den Richter unstatthaft. Nachdem nun der Minister selbst amtlich erklärt: „weder könne noch dürfe er B.'s Verhalten beeinflussen, tadeln oder anders gegen ihn vorgehen," mag sich der Richter gekränkt fühlen, wenn er trotzdem, fast am gleichen Tage disciplinär sich muß behandeln lassen und Winke über seine „Privatthätigkeit als Katholik" einstecken soll. Eine solche Praxis erscheint uns als mit der Integrität und dem Ansehen des Richterstandes so wenig im Einklang, daß u. E. alle Parteien, welche die äußerste freie und volle Unabhängigkeit des Richters gewahrt wissen wollen, dagegen protestiren müssen. Im vorliegenden Fall theilen wir die Ansicht, welche der Heidelberger Correspondent (Beck?) des „Deutschen Merkur" (Centralbl. d. Neuholländer) im Artikel vom 18. (!) November niederlegt: „Daß die weise Regierung (nachdem sie den Bischof abgewiesen) daraufhin dem Beamten „ruhiges Verhalten" anempfiehlt, ist nur ein Beispiel jener zaghaften und inconsequenten Politik, welche den Staat auf die Dauer schädigen muß." Völlig richtig! Offene Farbe rückhaltlos zu bekennen und „vertrauliche" Wege zu meiden, wird der Regierung im jetzigen Kampf nicht erspart bleiben: Unsicherheit und Schwanken schafft Feinde auf allen Seiten und die vertraulichsten Vertraulichkeiten kommen an's Licht der Sonnen, wenn noch so fein gesponnen!

Daß es auch eminent unpolitisch war, die Unzufriedenheit der Katholiken (durch Abweisen des Bischofs) **und** Neuholländer (durch Niederhaltung ihrer größten Genies) zu erregen, bedarf nur kurzer Erwähnung. Mag es gleich jetzt schon für die Regierung schwer sein, aus den von ihr aufgestellten unhaltbaren Principien mit logischer Schärfe die Consequenzen zu ziehen — sie muß; thut's sie's nicht willig, so wird sie der von ihr den Dingen gegebene Lauf dazu drängen; weiter und immer weiter wird sie geschoben, bis sie, vor den eigenen Kindern schreckend, die längst gerufenen Geister nicht mehr los wird. So viel zur Affaire Beck.

Nun noch Etwas. Den Ausdruck „Neukatholiken" für die römisch-katholischen Landesbewohner in Aktenstücken der Gr. Regierung zum ersten Mal zu gebrauchen, war der staatsmännischen Klugheit des Herrn v. Freydorf vorbehalten. Gegen diese Beschimpfung protestiren wir vor dem ganzen Lande und weisen sie mit Entrüstung zurück. Wenn ein obscures Reptil diese Bezeichnung anwendet, so strafen wir mit stiller Verachtung; gegenüber einem Minister ist Schweigen nicht am Platz: Qui tacet consentire videtur hieße es da. Das Gesetz vom 15. Juni 1874 kennt nur „Katholiken" (auch nur „sog. Altkatholiken") und

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

das sollte ganz besonders der Mann wissen, welcher durch das Vertrauen des Fürsten den im Dienste der Justitia stehenden Apparat zu leiten berufen ist; — derartige — **Ungeschicklichkeiten** sollte er meiden. Also nochmals: „wir protestiren dagegen" und Ein für alle Mal: **„das verbitten wir uns!"** —

* Zur Uebersicht.

— In der Sitzung der Nationalversammlung in **Paris** vom 3. Dezember verliest der General de Cissey die Botschaft. Derselbe betont die guten Beziehungen nach Auswärts, die Besserungen der ökonomischen Lage im Innern, die glückliche Ernte, die bedeutende Ausfuhr, die Ordnung der Finanzen, spricht von den Reisen des Marschalls ꝛc. Für die Stellung des Marschalls spricht folgende Stelle.

„Ich nahm die Staatsgewalt nicht an, um den Bestrebungen irgend einer Partei zu dienen; ich verfolge nur ein Werk der socialen Vertheidigung und der nationalen Wiedergeburt. Ich berufe zu mir alle patriotisch gesinnten Männer, ohne Jemanden auszuschließen, mich bei diesem Werke zu unterstützen, alle Diejenigen, die ihre persönlichen Neigungen den Bedürfnissen der Gegenwart und der heiligen Sache des Vaterlandes unterzuordnen wissen. Ich wünsche von Herzen, daß mir die Unterstützung keines Einzigen derselben fehle. Ich reclamire sie im Namen Frankreichs, dessen Heil und Größe mir einzig vor Augen schwebt."

Je nach der Richtung der Blätter, sind die Berichte über die Aufnahme verschieden. Einige wollen wissen, daß nur 17—20 vom linken Centrum Beifall gerufen haben.

— Die **Carlisten** haben nach der „Agence Havas" in Arragonien einen großen Sieg erfochten; die Republikaner verloren über 600 Mann, 455 Gefangene, sämmtliches Gepäck, 90 Maulesel mit Proviant und Munition beladen, die Regimentskasse ꝛc. Der alte Espartero veröffentlicht einen Jammerbrief über die Lage Spaniens. — Der gefangene Lozano (Carlistenführer) ist erschossen worden. Drei Bataillone eines in Badajoz garnisonirenden Regiments meuterten und wollten nicht weiter ziehen, wurden aber dazu vermocht.

— In **Pest** steht thatsächlich eine Entscheidung bevor. Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses lehnte mit großer Majorität den Antrag der Regierung, ihr die Steuererhebung für das erste Quartal des nächsten Jahres zu bewilligen, ab. Der Umstand, daß der Finanzminister schon jetzt die Indemnitätsvorlage eingebracht hat, um dadurch das Haus zu einer sofortigen Parteinahme zu provociren, beweist eben so sehr wie der ablehnende Beschluß des Finanzausschusses, daß man auf beiden Seiten eine Beschleunigung der Entscheidung wünscht. Dieselbe liegt nun wiederum in der Hand des Monarchen, und jede Stunde kann uns den Rücktritt des Finanzministers, vielleicht des ganzen Cabinets bringen. Das Hauptorgan der Katholiken verlangt einfach, daß ein conservatives Ministerium ernannt, der Reichstag aufgelöst und ein Appell an die Nation im Interesse der conservativen Principien versucht werden müsse. Diese Eventualität scheint auch das Ministerium in's Auge gefaßt zu haben, denn es hat sogleich nach Veröffentlichung der neuen Wahlgesetz-Novelle die schnelle Aufstellung der Wählerlisten angeordnet. Tisza oder Sennyey scheint die Alternative zu sein, wenn nicht die Deakisten noch in letzter Stunde wieder eine neue Coalition erfinden, um den Tod um einige Monate zu verzögern.

— In **Wien** wird innerhalb der Räume des Schottenthores über die Competenz des Reichsrathes in Schulsachen, Föderalismus und Centralismus, über die officiöse Presse (der Minister versteht darunter solche Blätter, welche den Muth haben, auf die Regierung nicht loszuschlagen) hin und her gestritten. Aber das Deficit, das Gespenst hat Fleisch und Blut angenommen, wird damit nicht gebannt.

— **Berlin**, 4. Dez. Reichstag. Ein durch den Reichskanzler übermittelter Antrag der bayerischen Regierung auf Strafverfolgung bayerischer Blätter wegen Beleidigung des Reichstags gelangt zur Verlesung, ebenso ein Schreiben des Reichskanzlers vom heutigen Tage, wonach Namens des Kaisers und auf Bundesrathsbeschluß die im Etat des Auswärtigen Amts postulirte Summe von 53,100 Reichsmark für die Gesandtschaft bei der päpstlichen Kurie zurückgezogen wird. Ferner wird ein Schreiben verlesen, worin die Abgg. Winterer, Simonis, Guerber und Schauenburg anzeigen, sie könnten Angesichts der Lage des Landes an den Commissionsarbeiten für den elsaß lothringischen Etat und die Anleihevorlage keinen Theil nehmen. Alle diese Eingänge werden der Geschäftscommission überwiesen. Es folgt die Etatsberathung, wobei Reichensperger bei dem Titel über das statistische Amt auf die Bezeichnung der Centrumsmitglieder in der Wahlstatistik mit „klerikal" oder „ultramontan" tadelnd hinweist. Bei Berathung des Etatstitels für den Bundesrath kritisirt Jörg heftig und bitter die Politik des Reichskanzlers und fragt an, ob der Bundesrathsausschuß für auswärtige Angelegenheiten functionire, worin Bayern den Vorsitz führen solle. Er vermisse dessen Mitwirkung bei allen wichtigen Fragen, besonders bei der spanischen Interventionsfrage, wo die Mitwirkung des Ausschusses das Fiasko des Reichskanzlers durch die Absage Rußlands vielleicht erspart haben würde. Bismarck erwidert: Eine staatsrechtliche Erörterung dieser Frage kann hier nicht Platz greifen. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten im Bundesrath besteht (Bismarck verliest die Namen der Mitglieder).

Der Ausschuß wird so oft berufen, als der Vorsitzende, jetzt der bayerische Gesandte will. Wir verheimlichen keiner Bundesregierung etwas. Durch die ganze Rede des Vorredners zog sich der rothe Faden der Verdächtigung, als ob die Rechte der verschiedenen Staaten von den Vertretern derselben im Bundesrathe nicht recht gewahrt würden, was ich zurückweise. Von Intervention in Spanien war bei uns nie die Rede. Als Hauptmann Schmidt ermordet wurde, sagte ich nur, französischen, englischen und amerikanischen Unterthanen wäre das nicht passirt. Ich dachte an frühere Demüthigungen, welche den Deutschen geboten wurden und daß es Zeit sei, daß Deuschland solche Attentate räche (Beifall); wir sagten uns, daß Spanien nur zu helfen sei, wenn man den Rest von Elementen, welche für die Herstellung staatlicher Ordnung sind, anerkennt. Dies thaten wir; mit uns thaten es die meisten europäischen und überseeischen Mächte. Rußland wird von den spanischen Verhältnissen weniger berührt; dies hatten wir zu achten, wie wir jede Ansicht auswärtiger Mächte achten, besonders einer Macht, mit welcher wir seit einem Jahrhundert in inniger Freundschaft lebten.

Gehen die Pfeile des Vorredners dahin, diese Freundschaft zu erschüttern, so fehlen sie; wir stehen thurmhoch darüber. Das Fiasko, das ich gemacht haben soll, kann ich ruhig tragen. Der Vorredner hat auch das Kissinger Attentat berührt und den Mörder einen verrückten Menschen genannt. Das war er nicht. Sie wollen keine Gemeinschaft mit ihm, das begreife ich, aber er hält sich an Ihren Rockschößen fest. (Widerspruch.) Ich fragte ihn, weßhalb wollten Sie mich tödten, wenn ich ihnen nichts that? Da antwortete er: Wegen der Kirchengesetze, und Sie haben meine Fraction beleidigt; und auf meine Frage: welches ist Ihre Fraction? antwortete er: die Fraction des Centrums im Reichstage! (Hört! Hört! Großer Lärm.) Stoßen Sie den Mann zurück, er gehört doch zu Ihnen! (Neuer Lärm im Centrum. Stürmischer Beifall rechts und links. Rufe: pfui!) Präsident: Solche Rufe sind unparlamentarisch. Bismarck: Das wollte ich auch sagen. Solche Rufe, wie der Abgeordnete auf der zweiten Bank des Centrums ausgestoßen, zu rügen, steht mir nicht zu, aber wohl sie zu mißbilligen. Der Ausdruck „pfui" ist der Ausdruck des Ekels und der Verachtung. Diese Gefühle sind mir nicht fremd, aber ich bin zu höflich, sie auszusprechen. (Neuer anhaltender Lärm. Man umdrängt die zweite Centrumsbank.) Windthorst wirft Bismarck vor, er habe in der vom Altan seiner Wohnung in Kissingen gehaltenen Rede der officiösen Presse die Parole für die Angriffe auf das Centrum gegeben. Man thäte Unrecht, die Parteien gegen einander zu hetzen, man triebe ohnehin einem Kriege entgegen. Bismarck bestreitet den Vorwurf; er erinnert an die Hetzereien der ultramontanen Presse, die Vorfälle, die Kullmann's Attentat provozirten. Wenn ich nur die Hälfte von dem glauben sollte, was die ultramontane Presse gegen mich sagt, wer weiß, was ich thäte? Lasker erklärt die Auslassungen Windthorst's, welche zum Kriege hetzten, eines Volksvertreters für unwürdig. Der Präsident ruft Lasker zur Ordnung. Windthorst rechtfertigt seine Ausführungen. Die folgende Debatte ist unerheblich, sämmtliche Positionen werden genehmigt bis zum Titel Reichs-Oberhandelsgericht. Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (P. T. Frkf. Ztg.)

— Baron Georg von Dyherrn auf Oberammergau theilt mit, daß er aus der protestantischen in die katholische Kirche zurücktreten werde.

— Nach der Mittheilung des „S. Vlksbl." ist laut Beschluß des Ministeriums des Innern die katholische Stiftungscommission in **Thiengen** aufgefordert, die von den Altkatholiken in letzter Zeit aufgestellte Wache an der Pfarrkirche auszubezahlen.

— Die Strafkammer Mosbach verurtheilte die beiden Neupriester Sauer und Geier wegen „unbefugter Ausübung öffentlicher kirchlicher Funktionen" zu je 80 Mark und den Kosten des Verfahrens.

Deutschland.

Karlsruhe, 4. Dez. S. K. H. der Großherzog haben unterm 27. November d. J. gnädigst geruht, den Lehramts-Praktikanten Hermann Heisler von Freiburg zum Professor an der höheren Bürgerschule zu ernennen, dem Oberrevisor v. Pitz beim Evangelischen Oberkirchenrath den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen und den Revidenten Marci bei dieser Stelle zum Revisor zu ernennen, sowie den Revisor Leopold Werr beim Oberschulrathe in gleicher Eigenschaft an das Ministerium des Innern zu versetzen.

Karlsruhe, 5. Dec. S. K. H. der Großherzog haben unterm 2. d. Mts. gnädigst geruht, die erledigte Bezirksforstei Thiengen dem Bezirksförster Vogel in Jestetten und die dadurch in Erledigung kommende Bezirksforstei Jestetten dem Gemeinde-Bezirksförster Nüßle in Schriesheim unter Ernennung zum landesherrlichen Bezirksförster zu übertragen.

* **Karlsruhe.** Also in Mannheim wurde der Tingel-Tangelsippe Allemania die Fortsetzung ihres schmutzigen Geschäftes untersagt. So ist's recht. In Heidelberg, dem Sitze der Intelligenz, ließ man die Allemania wochenlang ihr Unwesen treiben, trotzdem sich die ganze Nachbarschaft wiederholt bei großh. Bezirksamt über die von der durch die unanständigen Vorstellungen auf's Lebhafteste erregten johlenden Masse fast tagtäglich verübte ungebührliche Störung der Nachtruhe bitter beklagte — ohne besonderen Erfolg. Hätte die Heidelberger Polizei diesen Schreihälsen das Handwerk gelegt, so hätte sie größere Lorbeeren errungen als mit der — Orgelwegführung vom Dilsberg.

.·. **Amt Engen**, 4. Dez. Die Besprechung der Schuldisciplin ꝛc. in Ihrem Blatte findet allgemeinen Anklang und folgt hier auch meinerseits ein Stück Erfahrung bezüglich der Schulstrafen. Diejenigen, welche von körperlichen Strafen nichts wissen wollen und nur von Liebe und Güte reden, haben sich ein Ideal gebildet, das aber leider nicht existirt. Diese guten Leute haben noch nie practizirt. Ja! wir behaupten, daß in Folge der humaneren (?) Schulgesetzgebung mehr geprügelt wird, als dies früher der Fall war und diese auffallende Erscheinung hat ihren guten Grund. Schreiber dieses ist kein Freund der Prügelstrafen und hat in früheren Jahren seiner Praxis sogar an der obersten Knabenklasse in einer der größten Städte unseres Landes keine Ruthe ꝛc. zur Hand genommen und jetzt prügelt er und läßt prügeln in einer kleinern Schule, um Herr darin zu bleiben d. h. die nöthige Disciplin aufrecht zu erhalten und andern geht es ebenso. Wo kommt das her? In vielen Familien spuckt auch der Humanismus d. h. ist wenig oder keine Zucht mehr, sondern sind die Eltern die willigen Diener verwöhnter Söhne und Töchter und diese bringen den Geist der Unbotmäßigkeit ꝛc. auch in die Schule mit. Aber das ist nicht der Uebel größtes. Jedem, der nur einmal eine Schule innen gesehen, ist bekannt, daß der Lehrer nicht Meister wird über jene Kinder, die zu Haus eine Stütze gegen ihn haben. Nun aber ist die gesetzliche Beseitigung der körperlichen Züchtigung eine Stütze für Eltern und Kinder. Hält sich nun der Lehrer oder Katechet an das Gesetz, so wird er, namentlich in größeren Schulen, keine Zucht zu handhaben vermögen; hält er sich aber nicht daran, so nützt die Strafe nichts, weil der Bestrafte unter Berufung auf das Gesetz gegen dessen Uebertretung von Seite des Lehrers -- wenn auch nur innerlich — protestirt. Wüßte dagegen der Bube, daß er gehauen werden darf, dann würde er sich vor Schaden hüten, so aber läßt er es darauf ankommen und wird nicht gebessert. Ein strenges Gesetz mit milder Praxis, aber nicht strenge Praxis bei einem milden Gesetz, scheint uns pädagogisch zu sein. Die vom Gesetz in Aussicht genommene Züchtigung auf dem Rathhaus ist ein Nothbehelf, aber auch nur dieses, und nur dann, wenn sie gehandhabt wird. Weitaus die meisten Kinder bedürfen der Ruthe nicht, aber wie steht es in folgendem Falle? Ein Katechet sagte nach seiner Stunde: Wenn da ein Galgen wäre und ich sagen würde, der nächste, der wieder den Unterricht stört, wird daran gehängt; in ein paar Augenblicken würden schon einige daran bambeln. Und diese Rede wurde vom Lehrer bestätigt. — Wird da mit Güte, ja mit der Ruthe noch auszukommen sein? Wir wünschen guten Erfolg.

†* **Freiburg.** In Nr. 283 schwefelt die Landeszeitung Ihre Leser wieder einmal an. Um nachzuweisen, daß der altkatholische Exgeneralvicar Beck

in Heidelberg neben seinem Werbebüreau eines der „schwerstbelasteten“ Respiciate des Landes versehen müsse, will sie ihrem Publicum mit Zahlen aufwarten. Gott wie einfältig! Was soll denn z. B. daraus folgen, daß auf Beck's Büreau 668 Civilprocesse „anhängig“ wurden? Die Hauptsache ist, daß die „anhängig“ gewordenen Sachen schnell erledigt werden und davon könnte uns eben nur eine jetzt recht schnell vorzunehmende Dienstvisitation unzweifelhafte Gewißheit verschaffen. Und dann die 1500 Zahlbefehle, welche Hr. Beck unterschreiben mußte! Haha! Mag das imponiren, wem es will. Thatsache ist und bleibt, daß genannter Franz Beck stets „viele Zeit frei hat“, um im Lande wühlen zu können; die Frage, ob er „genügend beschäftigt“ ist, erledigt sich hiernach von selbst.

+ **Offenburg**, 3. Dez. Die Mittheilung des d Korrespondenten der „Karlsr. Ztg.“ über die vielen Prozesse, Klagen und Beschwerden der Lehrfrauen ist, um mich eines ganz liberalen Begriffs zu bedienen, lauter Schwindel. Die Lehrfrauen haben sich unmittelbar nach dem Einbruche in ihr Schulgebäude an Gr. Bezirksamt und Gr. Staatsanwaltschaft um Schutz und Abhilfe gewendet. Umsonst. Seitdem sind die genannten Behörden, von den Lehrfrauen mit keinerlei Anträgen mehr belästigt worden. Ein Prozeßverfahren ist von den Lehrfrauen ebenfalls bis jetzt nicht eingeleitet worden.

Hr. Bumiller bezüchtigt die Korrespondenten der „Karlsr. Ztg.“ und „Landes Ztg.“ der irrthümlichen Berichterstattung ob seiner bekannten Rede im freisinnigen Vereine. Bei dem lojalen Charakter des Hrn. Bumiller bezweifeln wir nicht, daß seine Mittheilungen hierüber der Wahrheit entsprechen. Er versichert, von einer Schenkung der Klostergebäude durch die Stadt nicht gesprochen zu haben, vielmehr sei die Urkunde des Großherzogs Ludwig von ihm selbst verlesen worden.

= **Von der badisch-hessischen Grenze**, 3. Dez. Die erste Nummer des „Badischen Militär-Vereinsblattes“ ist erschienen. Die „N. B. L. Ztg.“ in ihrer Nr. 560 bemerkt bei dieser Gelegenheit: „hauptsächlich geht die Absicht, welche das Blatt ins Leben gerufen, doch offenbar dahin, durch daselbe politisch auf die Mitglieder der Militärvereine einzuwirken, den militärischen Geist in das bürgerliche Leben zu übertragen. Die vorliegende Nummer gesteht dies bereits zu in dem sie andeutet, daß die Macht, welche in den Militärvereinen liege, nicht allein zu Unterstützungszwecken, zu Kameradschaftspflege organisirt werden dürfe, sondern daß dieses Vereinsleben als eine entschiedene Stütze des deutschen Reiches eine große politische Tragweite“ habe. Wie diese „Stütze“ Verwendung finden soll, will man ausführen, „sobald einmal Klarheit über die zu verfolgenden Ziele herrsche“ — oder mit andern Worten, sobald man wagen kann, damit deutlicher herauszurücken. Die Mitglieder der Militärvereine, die der kameradschaftliche Geist, die Erinnerungen an gemeinsam durchlebte schwere, aber von schönem Erfolge begleitete Tage zusammengeführt hat, werden gut daran thun, vorsichtig zu sein, um nicht durch den Verband dieser Vereine in eine Organisation gebracht zu werden, in welcher sie auf Commando bestimmten politischen Tendenzen folgen, denselben ihre politische Ueberzeugung und bürgerliche Selbstständigkeit zum Opfer bringen sollen.“ Wir fügen noch bei: die Mitglieder dieser Militärvereine werden gut daran thun, vorsichtig zu sein, daß sie nicht auch mit der politischen Ueberzeugung und bürgerlichen Selbstständigkeit in religiöser Beziehung eine Einbuße erleiden. Es ist uns zwar bis jetzt noch nichts bekannt darüber, ob in einer Versammlung der gesammten Kriegervereine oder in Lokalvereinen hierüber Etwas zur Sprache gekommen ist: soviel wir wissen, ist in den Spezialstatuten jedes Vereins das religiöse Gebiet vollständig ignorirt — doch die rasche Ausbreitung dieser Vereine im ganzen Reiche, die Begünstigung derselben von maßgebender Seite läßt die Berechtigung unserer Vermuthungen als billig erscheinen. Es ist darum nur zu loben, wenn diese Vereine, wie es an vielen Orten der Fall ist, an kirchlichen Festen in corpore sich betheiligen, wenn sie ihren Stiftungstag mit einer kirchlichen Feier begehen, wenn sie bei Beerdigungen ihrer Kameraden als Verein erscheinen, wenn sie stets dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, aber auch Gott, was Gottes ist.

Wiesbaden, 1. Dez. Im diesseitigen Regierungsbezirke sind laut amtlicher Angabe gegenwärtig einhundertundsieben Lehrstellen und eine Schul-Inspektion (die katholische im Amt Usingen) unbesetzt.

* **Fulda.** Jetzt erweist sich bereits die hervorragendste — nicht ultima, sondern prima — ratio des „Rechtsstaats“, die Polizei als ohnmächtig. Die bereits vielfach genannten Priester der Diöcese Fulda, der Pfarrer Helfrich und der Kaplan Weber, beide aus der Diöcese wiederholt ausgewiesen und transportirt, sind, der erste sogar zum zweiten Male, in ihren ihnen angewiesenen geistlichen Wirkungskreis zurückgekehrt und werden seitdem vergeblich gesucht. Wie nun die „Fr. Ztg.“ erfährt, ist der Herr Bisthumsverweser Hahne seitens der staatlichen Behörde um seine Hilfe ersucht worden, und hat man ihm zugemuthet, den beiden Priestern die Rückkehr zu verbieten. Die genannte Zeitung bemerkt dazu, dieser Herr werde es „wohl bleiben lassen, da er ja ihre Adresse selbst von der Polizei nicht erfahren kann“.

Bonn, 1. Dez. Die „K. V. Z.“ schreibt: „Dem eben ausgegebenen amtlichen Verzeichnisse entnimmt man, daß die Gesammtzahl der immatriculirten Studirenden an der hiesigen Universität im gegenwärtigen Semester 724 beträgt, also 103 weniger als im verflossenen Sommer, wo sich die Frequenz auf 827 belief. Die katholisch-theologische Fakultät hat 29 Studirende weniger; im Sommer waren ihrer 133, jetzt zählt man 104. Die evangelisch-theologische verlor sechs; sie hatte im Sommer 62, jetzt hat sie 56. Die juristische Fakultät büßte 45 Studirende ein; im Sommer zählte man 246, gegenwärtig sind ihrer 201. Die medicinische Fakultät hat sieben verloren, im Sommer wurde sie von 126 besucht, jetzt von 119. Die philosophische Fakultät hatte im Sommer 260, jetzt hat sie 244; die Differenz beträgt 16. Es stellte sich also heraus, daß alle Fakultäten eine Abnahme zu beklagen haben, doch trifft letzteres am meisten die juristische Fakultät. Wir wollen nicht auf den Grund zurückkommen, es wird mehreres zusammengewirkt und das Resultat erzeugt haben. Bei den Studirenden der katholisch-theologischen Fakultät sind die „altkatholischen“ Theologen in dem Verzeichnisse mitgezählt, deren sich in diesem Semester 14 hier befinden; im Sommer waren ihrer 12. Sie vertheilen sich auf das Deutsche Reich, die Schweiz und Holland. Aus Preußen sind fünf; aus Bayern zwei; aus Holland zwei; endlich fünf Schweizer. Beachtet man, daß am hiesigen Orte die einzige „altkatholische“ theologische Bildungsanstalt in ganz Deutschland besteht, so ist der Nachwuchs demnach nicht hoch anzuschlagen. Man beginnt aber auch selbst in den Kreisen der Universität sich der Ueberzeugung zu erschließen, daß es mit der sog. „altkatholischen“ Bewegung den erwarteten Fortgang nicht habe, und die Hülfe im Kampfe gegen Rom kaum für die Zukunft mit in's Gewicht werde fallen können. Wir fügen noch bei, daß unter den 724 immatrikulirten Studirenden 25 der landwirthschaftlichen Akademie zu Popelsdorf angehören, und zu denselben noch 32 Hospitanten hinzukommen, so daß also die Vorlesungen im Ganzen von 756 Studirenden besucht werden.

* **Berlin**, 3. Dez. Im Reichstage werden wir nächstens eine Debatte über die Beibehaltung der deutschen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhle bekommen. Bereits meldet sich nämlich aus der Fortschrittspartei Dr. Löwe mit einem Antrage, welcher dahin geht, daß der für jene Gesandtschaft ausgesetzte Betrag bei der Etatsprüfung gestrichen werde. Wie wir schon neulich erwähnt, hat die Regierung in der Sitzung der betreffenden Etatsgruppe sich für Beibehaltung des gegenwärtig bekanntlich unbesetzten Gesandschaftspostens erklärt und wenn Fürst Bismarck im Plenum ähnliche Wünsche wie in der vorigen Legislaturperiode zu erkennen geben sollte, — der Kanzler wollte den Posten aufrecht erhalten haben, weil er zum h. Stuhle doch einmal in andere Beziehungen treten könnte —, so ist es wohl selbstverständlich, daß die Majorität des Reichstages ihm hierin zur Seite stehen wird. Ueber die Stellung des Centrum in dieser Frage dürfte wohl kein Zweifel herrschen. Die Frage ist erledigt (siehe oben).

Berlin. Nach einer Correspondenz der „Frkf. Ztg.“ wird dem Hrn. Rechtsanwalt Munkel Vertheidiger des Arnim) nur während zwei Stunden Akteneinsicht gestattet; die Akten selbst aber sind schon zu ansehnlichen Bänden angewachsen. So ist es einem Vertheidiger unmöglich, dieselben zu bewältigen; daher die Berufung eines zweiten Anwaltes. Die Advocaten des Grafen verlangen Aufschub der Verhandlung bis Januar oder Februar. Er wurde nicht bewilligt.

„Wie ich höre, wird Graf Arnim für alle Veröffentlichungen in den Zeitungen, insbesondere für die Publikation der Bülow-Correspondenz in New-York Herald verantwortlich gemacht, und versuchte sogar vor einiger Zeit ein Detective in dem Londoner Bureau des Herald verschiedene Auskünfte auf indirektem Wege zu erlangen, in welchem Bemühen derselbe jedoch nicht sonderlich vom Glücke begünstigt wurde. Ein Consul des deutschen Reiches, dessen Name in den letzten Monaten sehr häufig in den Zeitungen genannt wurde, erklärte, Fürst Bismarck würde es sich irgend eine Summe kosten lassen, um die Beziehungen Arnim's zum dem New-York Herald zu erfahren und festzustellen.“

* **Aus Preußen.** Die Verhaftungen, Ausweisungen ꝛc. nehmen ihren ungestörten Fortgang. In Posen wird ein Dekan nach dem andern verhaftet, weil sie jede Auskunft über den geheimen apostolischen Delegaten verweigern. Das Gesuch des Weihbischofs Janiszewski beim Appellationsgericht und dann beim Justizminister, im Gefängniß celebriren zu dürfen, wurde abgewiesen. Der Oberpräsident in Schlesien (H. v. Nordenflycht) wurde wegen seines zu wenig strammen Verhaltens bei Ausführuug der Kirchengesetze zur Disposition gestellt.

* Aus dem Königreich **Sachsen.** Hier ist eine lebhafte Agitation gegen die Einführung der Civilehe im Gange.

Ausland.

* **Paris.** Die Lage in Frankreich kann nicht mit beredteren Worten geschildert werden, als es der Bischof von Orleans, Msgr. Dupanloup, in einem Hirtenbriefe gethan hat, in welchem er aus Anlaß der bevorstehenden Wiedereröffnung der Nationalversammlung die Gläubigen seiner Diöcese zu Gebeten für das Land und seine Vertreter auffordert. Er schreibt:

„Was uns heutzutage vielleicht am meisten bedroht, ist nicht sowohl die wachsende Verwegenheit der Feinde der Gesellschaft, als unser eigener Zwiespalt. Wir schreiten dem Abgrunde entgegen — wer sieht es nicht? wer fühlt es nicht? Aber welches Verbrechen, auf ihn noch hinzudrängen! Und welches Verbrechen auch, es nicht zu verhindern, wenn man dies kann! Aber nein, da zettelt man Zwietracht an, verbittert die Zerwürfnisse, spaltet unsere Kräfte und die große conservative Partei Frankreichs bietet das jammervolle Schauspiel tiefer Zerrüttung. Man verdächtigt, man beschuldigt, man trennt sich, man bleibt verstockt in Spaltung und Ohnmacht, und in Folge eines unbegreiflichen Taumels und Irrthums schlagen alle Bemühungen, die Einigkeit wieder herzustellen, kläglich fehl. Und während unsere Gegner alles, was sie spaltet, vergessen und in geschlossenen disciplinirten Massen uns entgegenziehen, ist bei uns die Zwietracht so groß, daß wir beinahe gar nicht mehr den Kampf aufzunehmen wagen. Ist es denn wirklich so schwer, zu begreifen, daß es vor allem und um jeden Preis gilt, nicht etwa eine Partei, sondern Frankreich zu retten, und nicht blos Frankreich, sondern auch die Religion, den hl. Stuhl, die Kirche? Ist es so schwer, ein Mal die Meinungsverschiedenheit der Republik fallen zu lassen und sich auf dem Boden zu vereinigen, auf dem wir rechtschaffenen Leute aller Parteien so oft Hand in Hand gegangen sind, auf dem Boden der Vertheidigung der Gesellschaft?“

Literarisches.

X Karlsruhe, 4. Dezbr. Seit einigen Tagen wird wieder wie alljährlich der „Lahrer Hinkende Bote“ in den Häusern colportirt und zwar mit einem selbstbewußten Eifer, als ob es selbstverständlich sei, daß dieser Kalender in keinem Hause fehlen dürfe.

Wir haben uns auch einen zur Hand genommen, um zu sehen, ob denn der Inhalt wieder einestheils so mager, anderntheils so flegelhaft, wie in den früheren Jahren sei.

Und wirklich in beider Hinsicht einzig und unübertrefflich! Zuerst finden wir die Biographien einiger Freiheitskämpfer, z. B. Blücher, Körner ꝛc., die ja beinahe Jedem schon von der Volksschule her genügend bekannt sind. Von den Erzählungen steht die erste: „Die Magd von Wilderloh“ mit dem Titel „die brave Müllerstochter“ in allen Märchenbüchern und ist diese Schauergeschichte erst in der Zeitschrift „Ueber Land und Meer“ mit komischen Illustrationen erschienen, und jetzt sehen wir sie beinahe an jedem Buchbinderladen als „Münchener Bilderbogen“ ausgehängt. Die weitere Erzählung: „Der Vater“, eine Geschichte aus Norwegen, ist ebenfalls keine eigene Waare, wenigstens lasen wir dieselbe dieses Frühjahr im „Unterhaltungsblatt des Badischen Beobachters.“ Die dritte humoristische Erzählung: „Die Weihnachtsbescheerung“, ist der „Allgemeinen Familien-Zeitung“ entnommen. Die letzte Geschichte „die Madonna von Lurdshausen“ können wir bestimmt als eigenes Geistesprodukt des Hinkenden bestätigen, da nicht leicht ein Anderer es versteht, ähnliche Rohheiten in der Verhöhnung kathol. Priester und kath. Einrichtungen zu schreiben, wie der „Hinkende.“

Die „Weltbegebenheiten“ zum Schluß strotzen wie gewöhnlich von liberalen Gemeinheiten gegen Katholiken und närrischen patriot. Uebertreibungen, so daß man darüber nur lachen oder sich ekeln muß.

Möchten daher auch dieses Jahr die Herren Geistlichen und Laien von Einfluß ihre Aufmerksamkeit auf die Kalender, diese Culturkampfmittel der Liberalen, richten, damit nicht die Katholiken selbst ihre Beschimpfungen noch bezahlen müssen.

Redigirt unter Verantwortlichkeit
von Franz Hiß in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Soeben sind in neuer Auflage erschienen und durch die Unterzeichnete zu beziehen:

Sonntagskalender für 1875.

Mit vielen Illustrationen.

Preis: 9 kr.; mit Schreibpapier durchschossen: 11 kr.

Kalender für Zeit und Ewigkeit

für 1875 von Alban Stolz.

Mit vielen Illustrationen. 3.2.

Preis 9 kr.; mit Schreibpapier durchschossen 11 kr.

Sendboten-Kalender zu Ehren des Herzens Jesu für das liebe Volk auf das Jahr 1875. **Mit vielen Bildern.**

Preis 18 kr.

An Wiederverkäufer mit hohem Rabatt.

Freiburg i. B. **Literarische Anstalt.**

Weihnachts-Geschenke

für den katholischen Kreis!

Eine Krippe in **plastischer** Ausführung in Oelfarben gefaßt, bestehend aus **Joseph, Maria** und **Jesuskind** zum Stellen auf Altäre, wie auch zum Privatgebrauch vorzüglich passend. Größe der Figuren 33 Cm. Pr is zusammen **Mark 28.**

Erste Krippe des hl. Franziskus. in wundervoller Composition von Professor Steinle in Lithographie, nur **Mark 3. 50.**

Die geistige Rose in 15 Blatt oder auch in Tableau zusammengestellt, in der Mitte die **Rosenkranzkönigin**, umgeben von den 15 Geheimnissen. — Prachtvolle Farbendrucke. — In Umschlag Mark 4. — In elegantem Album Mark 4. 80. In Tableau Mark 14. —

Ein Cyclus kostbarer Miniaturen. 25 Exemplare, prachtvoll ausgeführt, Mark 4. —

St. Cäcilia, Pracht-Oelfarbendruck mit und ohne Goldrahmen. Ohne Goldrahmen Thlr. 8, aufgespannt mit Goldrahmen Thlr. 12. —

Christlicher Wandkalender in feinsten Farben colorirt für 1875. Mark 1. 80.

Friedrich Gypen's

Kunstverlag und Institut für kirchliche Malerei in

München.

6.4.

C. A. Zenner, Kürschner,

63 Langestraße 63, dem Polytechnikum gegenüber

empfiehlt sein reich assortirtes

Pelzwaaren-Lager

in nur selbstgefertigter, reeller und guter Waare zu ganz auffallend billigen Preisen.

3 **NB. Auswahlsendungen werden zugeschickt.**

Zu verkaufen:

Oelgemälde,

größtentheils berühmter älterer Meister (in jedem Genre.)

Kupferstiche, Handzeichnungen u. **Sculpturen.** Nähere Auskunft auf porfreie Anfragen an **L. D.** per Adresse der **Expedition des Bad. Beobachters** in **Karlsruhe.**

Schraubstöcke,

zwei starke, werden zu kaufen gesucht, auch ist daselbst ein noch guter Ambosstock zu verkaufen.

Näheres Steinstraße 5.

Gr. Hoftheater in Karlsruhe.

Sonntag, 6. Dez. 24. Vorstellung außer Abonnement. Zum ersten Male wiederholt: **Aida.** Große Oper in 4 Akten von Verdi. Anfang 6 Uhr.

Bruchsal.

Todesanzeige.

Freunden und Bekannten widmen wir, mit der Bitte um stille Theilnahme, die Trauer-Nachricht, daß es Gott gefallen hat, unsern geliebten Gatten, Vater, Groß- und Schwieger-Vater

Markus Anton Kanzler,

Gr. Kreissteuerperäquator a. D., wohlversehen mit den Stärkungen seiner hl. Kirche, nicht ganz 78 Jahre alt, aus diesem Leben abzurufen.

Bruchsal, 4. Dezember 1874.

Namens der Hinterbliebenen:

Julius Kanzler.

Wichtig für Kranke

Damit alle Kranken sich von der Vorzüglichkeit d. illustr. Buches **Dr. Airy's** Naturheilmethode überzeugen können, wird von Richter's Verlags-Anstalt in Luzbg. und Leipzig ein 80 Seit. strk. Auszug **gratis** und frco. versandt. Jeder Leidende, welcher schnell und sicher geheilt sein will, sollte sich den Auszug kommen lassen.

Gottesdienst in der kath. Stadtpfarrkirche hier. 6. Dezember.

6½ Uhr Frühmesse.
8 Uhr stille Messe.
8½ Uhr Militärgottesdienst.
9½ Uhr Hauptgottesdienst: Herr Kaplan Kopp.
11¼ Uhr. Kindergottesdienst: Herr Kaplan Beuchert.
2½ Uhr Christenlehre.
3 Uhr Bruderschaftsandacht.

Im Verlagsbureau in Altona ist soeben erschienen:

Des alten Schäfer Thomas Volks-Kalender.

für das deutsche Volk, für das Jahr 1875. **mit den Portrait des alten Schäfers Thomas, 50 Pfg. = 18 kr.**

Der neue Kalender ist nicht nur einen Bogen stärker wie der vorjährige, sondern um eine Anzahl Bilder vermehrt.

Es ist der einzige Kalender, der selbst die im August noch getroffenen Jahrmärktsänderungen aufgenommen hat. Zu haben bei

Th. Brugier in **Karlsruhe,**
Waldstraße Nr 10. 12.4

Hülfesuchenden & Kranken

senden wir **unentgeltlich** und **franco** die Schrift: Sichere und gründliche Heilung aller Krankheiten auf naturgemässem Wege. 20. Auflage.

H. Mundschwitz und C. Niebäcker
20.2 Buchdruckerei in Braunschweig.

Geburten.

26. Nov. Eugen Wilhelm, Vater Rudolf Renz, Eisenbahnschaffner.
30. „ Marie Magdalene, Vater Friedrich Diehm, Heizer.
30. „ Ida Sofie, Vater Franz Münch, Schaffner.
2. Dez. Anna Luise, Vater Adam Neidig, Dreher.
2. „ Elise Katharine Gertrud, Vater Ludwig Hoitz, Hofmusikus.
2. „ Karl Josef Gustav, Vater Joseph Finkenzeller, Bahnhofarbeiter.

Eheschließungen.

3. Dez. Heinrich Hörner von Karlsdorf, Diener, mit Pauline Schlumpp von Hausach.

Todesfälle.

2. Dez. Bonaventura, Vater Assistenst Meyer. 1 M. 5 T.
2. „ Sabine, Wittwe des Zollverwalters Lang. 77 J.

Aus Türchau

bei Hirschfelde erhielt ich folgendes

Dankschreiben.

Herrn **Oscar Silberstein** in **Breslau.**

Mit meiner Gesundheit stand es sehr schlecht. Ich hatte die **Wassersucht,** Die Geschwulst fing an den Beinen an und erstreckte sich schon über den ganzen Leib, so daß mir das Athmen sehr schwer wurde. Dagegen gebrauchte ich Ihr **Breslauer Universum** und berichte Ihnen heute mit Freuden, daß es mit Gottes Hilfe von Ihrem Universum besser geworden ist, wofür ich Ihnen nächst Gott, großen Dank abzustatten habe. Ich schließe mit dem aufrichtigen Wunsche, daß Sie der Höchste noch lange zum Wohle der leidenden Menschheit erhalten möge und verbleibe Ihr dankschuldiger

Christian Gottlieb Bäsler
in Türchau.

(Anmerkung.) Langwierige, veraltete, tief im Organismus eingewurzelte Krankheiten aller Art, insbesondere Gicht und Rheumatismus, Lähmungen, Brust-, Lungen- und Magenleiden, Hämorrhoiden, Krebsschäden, Knochenfraß, Flechten und sonstige Hautausschläge, Frauenkrankheiten u. s. w., bei welchen bisher jede ärztliche Behandlung ohne Erfolg geblieben ist, werden durch den Gebrauch des Blut- und Säftereinigungsmittels

Breslauer Universum

sicher, schnell und für immer beseitigt. Bei veralteten Uebeln sind zwei, sonst nur eine Flasche à 2 fl. zur vollständigen Heilung ausreichend. Bestellungen darauf nimmt entgegen

Th. Brugier,

Waldstrasse 10 in **Karlsruhe.**

Cours der Staatspapiere. Frankfurt, 4. Dez.

Staatspapiere.	pr. comptant.
Preußen 4½% Consol. Oblig.	— G
4½% do.	— B
4% do.	— G
Baden 5% Obligationen	105⅛ b
4½% do.	102⅜ G
4% do.	98⅝ B
3½% do. v. 1845	92¼ G
Bayern 4½% Obl. (Rhein Ufbr.)	101⅝ B
4½% „ 1856 8.½jdbt	102⅛ b
4% „ „ 1jähr.	9 7/8 G
Württemberg 5% Obligationen	105⅝ b
4½% „	102⅜ G
4% „	— G
Nassau 4½% Obligationen	— G
3% do.	94 G
Sachsen 5% do.	105⅝ G
Gotha 5% do.	102½ B
Gr. Hessen 5% do.	100½ B
4% do.	97 B
Oesterr. 5% Silberrente H. 4%%	68⅛ G
5% Papierrente H. 4½%	63½ b
do. do.	65⅝ G
5% Ung. G.-R. v. 1868	74¾ G
Rußland 5% Oblig. v. 1871	93 G

Rußland 5% Obligationen v. 1872	93⅜ B
Belgien 4½% Obligationen	103 G
Schweden 4½% Oblig. in Thalern	99¼ G
Schweiz 4½% Berner Obligationen	93⅜ b
4½% „ „	— B
N.-Amerika 6% Bonds 1881r v. 1864	— G
6% „ 1885r v. 1865	100¾ G
5% „ 1904r v. 1864	95⅜ b
Spanien 3% neue Schuld von 1869	16⅞ b
Frankreich 5% Rente, Fr. zu 28 kr.	— G
do. leere.	— B
Actien und Prioritäten.	
Badische Bank, 200 Thaler	115⅜ G
3% Frankfurter Bank, fl. 500	147 b
4% Darmstädter Bankactien, fl. 250	383 b
3% Oesterr. Nationalbank, fl. 600 6 kr.	1048 G
5% do. Creditactien, fl. 160	242½ b
Stuttgarter Bank	— G
5% Elisabethbahn, fl. 200	200 G
5% Rudolphsbahn, fl. 200	155 G
4% Ludwigshafen-Bexbacher-E. fl. 500	183¼ b
4½% Bayerische Ostbahn, fl. 200	100 G
4% Hessische Ludwigsbahn, Thlr. 200	133 b
5% Oesterr. Staatsbahn, Fr. 500	323 b

5% Oesterreichische Eisenbahn-Priorit.	87 b
3% do. do.	49⅞ G
5% Elisabeth, Tonpen i. Silb. 1. Em.	86⅜ b
5% do. do. 2. Emiss.	— G
5% Böhmische Westbahn, 1863, 300 fl.	84¾ G
3% Oesterr. Staatsb. (1.—8. Em.) 28 kr.	63⅝ G
5% Hessische Ludwigsbahn	103½ G
5% Pfälzische Ludwigsb. (Bexbach.)	104¾ G
6% Central Pacific, rückz. 1898	81¼ G
6% Pacific Missouri, v. 1888 v. 1868	73 G
6% südl. Pac. Miss. v. 1888 v. 1869	53 b
Anlehens-Loose.	
Bayerisches 4% Prämien-Anleihe	118 G
4% Bad. Prämien-Loose zu 100 Thlr.	117¾ b
Badische 35-fl.-Loose	70¾ G
Braunschweiger 20-Thlr.-Loose.	23⅞ b
Gr. Hessische 50-fl.-Loose	269½ b
„ 25-fl.-Loose	61⅞ G
Kurhessische 40-Thaler-Loose	75⅞ G
Ansbach-Gunzenhausener 7-fl.-Loose	15 b
Oesterr. 4% 250-fl.-Loose von 1854	106 G
„ 5% 500 do. do. 1860	109 G
„ 100-fl.-Loose do. 1864	— b
Schwedische 10-Thaler-Loose	15⅜ G

Finnländer 10-Thlr.-Loose	— G
Meiningen 7-fl.-Loose	9¼ G
Wechsel-Cours.	
Amsterdam k. G.	101 b
Augsburg „	100 B
Berlin „	104⅞ G
Bremen „	105⅞ B
Brüssel „	95¼ b
Hamburg „	105⅛ B
Leipzig „	105 B
London „	119¾ B
Mailand „	— G
Paris „	95¼ b
Wien „	106⅞ b
Gold und Silber.	
Pistolen	fl. 9.41—43
Holländ. 10-fl.-St.	„ 9.50—52
Ducaten	„ 5.34—36
20-Frankenstücke	„ 9.31—32
Engl. Sovereigns	„ 11.57 59
Russ. Imperiales	„ 9.50 52
Dollars in Gold	„ 2.26—27

Druck und Verlag der Aktiengesellschaft Badenia: B. Großmann, Faktor. Karlsruhe, Adlerstraße 18.